

Wahlprüfsteine des Nachbarschaftsrates KMA II e.V.
Antworten der Fraktion Die Linke, Berlin-Mitte (BVV)
Eingang am 13.08.2026

Das Grün im Wohngebiet erhalten und ergänzen

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass mindestens 50 große Bäume (sog. Großgrün) auf den Grünflächen des Wohngebietes KMA II in den kommenden zwei Jahren nachgepflanzt werden?

Wir unterstützen die Initiative Baumentscheid und werden uns für die konsequente Umsetzung des Berliner Klimaanpassungsgesetzes auch in Mitte einsetzen. Für KMA II heißt das konkret: Wir fordern ein öffentlich einsehbares Baumkataster, aus dem hervorgeht, welche gefälltten Großbäume noch nicht ersetzt wurden und wo Nachpflanzungen möglich sind. Die im ISEK festgestellten Defizite bei Grünversorgung und Aufenthaltsqualität müssen endlich bearbeitet werden.

Wir werden uns für einen verbindlichen Pflanzplan für KMA II mit konkreten Standorten, Zeitplan und Zuständigkeiten einsetzen und im Rahmen der Haushaltsberatungen dafür kämpfen, dass das Straßen- und Grünflächenamt ausreichend Mittel für Pflanzung und Pflege erhält.

Auf welche Weise werden Sie sich dafür einsetzen, dass bisher nicht realisierte, im ISEK vorgesehene Maßnahmen zur Aufwertung mehrerer Grünflächen zu Orten mit Aufenthaltsqualität für Seniorinnen und Senioren in den kommenden Haushaltsplan aufgenommen werden?

Wir setzen uns für den Ausbau von Begegnungsstätten und für Bänke und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum ein, gerade für ältere Menschen. Die im ISEK für KMA II vorgesehenen Maßnahmen zur Aufwertung der Grünflächen wollen wir in den kommenden Doppelhaushalt einbringen.

Wie wollen Sie erreichen, dass bei künftigen Baumaßnahmen die vorhandenen Bäume nicht gefällt, sondern bei den Planungen als „zu erhalten“ berücksichtigt werden?

Das entspricht unserer Linie beim Bauen insgesamt: Wir lehnen Nachverdichtung in grünen Innenhöfen und Erholungsgebieten ab und wollen, dass neue Bauflächen vorrangig über Supermärkten oder Parkplätzen entsteht (Mehrfachnutzungen durch Stapelung) oder Büroflächen umgenutzt werden, nicht auf Kosten von Bestandsgrün. Für KMA II heißt das: Wir fordern, dass bei allen Bauvorhaben im Gebiet der Baumbestand vor Planungsbeginn kartiert und als Erhaltungsgebot in die Planung bzw. den Bebauungsplan aufgenommen wird. Beim Bau der Pavillons muss eine sorgfältige Abwägung zwischen dem Bedarf an gemeinwohlorientierten Räumen und dem Schutz des wertvollen Baumbestands erfolgen. Für uns gilt: Neue soziale

Infrastruktur darf nicht automatisch gegen bestehendes Grün ausgespielt werden. Im Interesse einer politischen Abwägung wird unsere neue BVV-Fraktion hierzu mit dem Nachbarschaftsrat in den Austausch treten.

Wie werden Sie im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner durchsetzen, dass die Ver- und Entsorgung des HdS-Areals, auch nach Fertigstellung, nicht durch die Berolinastraße geleitet wird?

Wir setzen uns dafür ein, dass die Erschließung des HdS-Areals so organisiert wird, dass die Berolinastraße als Wohnstraße nicht durch zusätzlichen Liefer- und Entsorgungsverkehr belastet wird. Dafür müssen frühzeitig alternative Erschließungsmöglichkeiten übergeordneter Straßen geprüft und verbindlich festgelegt werden.

Der Baumbestand im Quartier

Was gedenken Sie zu tun, um die Durchsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Pflanzung und zur Pflege der vielen neuen Bäume in Berlin und Berlin-Mitte zu sichern?

Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des Berliner Klimaanpassungsgesetzes ein und stellen uns Kürzungen bei Schutz und Pflege von Grünflächen entschieden entgegen. Konkret heißt das: Das SGA muss personell und finanziell so ausgestattet werden, dass es die beschlossenen Maßnahmen tatsächlich umsetzen kann – dies ist aktuell noch nicht der Fall. Im Doppelhaushalt 2026/27 des Senats sind die Dienstleistungsaufträge zur Optimierung der Pflege und Erhaltung und Entwicklung öffentlicher Grünflächen und Stadtbäume mit 0 Euro veranschlagt. Zur Finanzierung fordern wir, dass der Senat prüft, ob Ausgaben aus dem Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur, aus dem Klimatransformationsfonds oder über öffentliche Unternehmen – etwa im Bereich Regenwassermanagement – getragen werden können, statt alles dem ohnehin klammen Bezirkshaushalt aufzubürden. Wir werden die Umsetzung laufend kontrollieren, damit aus Ankündigungen auch tatsächlich gepflanzte und gepflegte Bäume werden.

Wie erreichen wir gemeinsam, dass das Bezirksamt Mitte unverzüglich damit beginnt, geeignete Stellen im Gebiet KMA II für die entsprechend dem Berliner Klimaanpassungsgesetz zu pflanzenden Straßenbäume auszuweisen, um keine Zeit zu verlieren?

Als kurzfristig realistische Standorte sehen wir insbesondere entsiegelbare Flächen wie überdimensionierte Stellplatzbereiche (Parkplatzflächen) sowie Straßenräume, die ohnehin umgestaltet werden (z. B. Schillingstraße/Schillingpromenade). Neue Baumstandorte müssen von Beginn an mitgeplant werden und dürfen nicht erst

nachträglich als Ersatzmaßnahme entstehen. Wir fordern zeitnah eine Liste geeigneter Standorte in KMA II, damit keine Pflanzsaison verloren geht.

Und sollte, Ihrer Meinung nach, schnellstmöglich ein Verzeichnis derjenigen Baumscheiben veröffentlicht werden, auf denen Bürgerinnen und Bürger ab Anfang 2028 sog. „Entwicklungsbäume“ pflanzen dürfen?

Ja, wir befürworten eine frühzeitige öffentliche Liste. Wir möchten Urban Gardening und Gemeinschaftsgärten fördern, Bürger*innenbeteiligung bei der Grünpflege ist für uns kein Lückenfüller für staatliche Aufgaben, sondern eine sinnvolle Ergänzung. Die Informationen müssen frühzeitig, barrierearm sowie mehrsprachig bereitgestellt werden.

Wie wollen Sie gewährleisten, dass die Bezirksämter die ihnen übertragenen Aufgaben zur Baumpflege leisten können? Werden Sie sich dafür einsetzen, die Bezirksämter mit zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen auszurüsten?

Ja. Das ist Teil unserer generellen Forderung nach einer starken, ausreichend ausgestatteten Verwaltung und einer Abkehr von der Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR), die soziale und ökologische Aufgaben nicht sachgerecht abbildet. Wir fordern eine bedarfsorientierte statt eine rein betriebswirtschaftliche Mittelverteilung für die Grünflächenämter.

Medizinische Versorgung

Was wollen Sie konkret unternehmen, um wieder eine wohnortnahe ambulante medizinische Versorgung im Quartier KMA II zu schaffen, und wie werden Sie dafür sorgen, dass im Rahmen von Neubaumaßnahmen ausreichend Flächen für medizinische und therapeutische Versorgung verbindlich mitgeplant und langfristig gesichert werden?

Medizinische Versorgung ist für uns Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, die überall im Bezirk, auch in KMA II, wieder ausgebaut werden muss und nicht dem Markt überlassen werden darf. Konkret heißt das: Wir werden das Bezirksamt auffordern, gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin und weiteren Akteuren aktiv Lösungen für die wohnortnahe medizinische Versorgung im Gebiet zu entwickeln. Bei Neubauvorhaben müssen Flächen für medizinische, pflegerische und therapeutische Angebote frühzeitig gesichert werden.

Welche Maßnahmen planen Sie, um gesundheitliche Folgen von Hitzeperioden und anderen klimabedingten Belastungen insbesondere für vulnerable Gruppen im Quartier abzufedern?

Klimaanpassung sozial gerecht zu gestalten ist einer unserer zentralen Programmpunkte, weil die gesundheitlichen und finanziellen Belastungen durch die Klimakrise sozial höchst ungleich verteilt sind: Wer arm ist, lebt häufiger in einer Umwelt, die heute schon krank macht, ist mehr Lärm und schlechterer Luft ausgesetzt und hat weniger Grün im Wohnumfeld – das trifft auf KMA II mit seiner unterdurchschnittlichen Grünversorgung zu. Konkret fordern wir einen sozialräumlich differenzierten Hitzeschutzplan mit verbindlichen Maßnahmen und einheitlichen Vorgaben für die Bezirke, der auskömmlich finanziert ist. Für KMA II heißt das im Einzelnen: Ausbau von Trinkwasserbrunnen und schattenspendendem Grün, kühle Innenräume in öffentlichen Gebäuden, die es in jedem Kiez geben muss, und Sonnenschutzsegel auf Spielplätzen. Baulicher Hitzeschutz in Wohngebäuden soll zur Pflicht werden, ebenso in Krankenhäusern und Pflegeheimen. Besonders wichtig ist uns außerdem, dass Hitzewarnungen und Hilfsangebote gezielt Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und eingeschränkter Mobilität erreichen sowie Menschen mit niedrigem Einkommen, die oft in schlecht gekühlten Wohnungen auf zu engem Raum leben, und Menschen, die im Freien arbeiten müssen, etwa auf dem Bau – für Letztere fordern wir zusätzlich besseren Arbeitnehmerschutz durch mehr Pausen und Arbeitszeitreduzierung bei Hitze. Als Planungsgrundlage für die Prioritätensetzung soll der Umweltgerechtigkeitsatlas dienen, den wir alle zwei Jahre aktualisieren wollen, damit Maßnahmen dort ansetzen, wo die Mehrfachbelastung am größten ist – das ist in Teilen von Mitte, einschließlich KMA II, nachweislich der Fall.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass gesundheitliche Versorgung und Unterstützung auch in Krisen- und Katastrophensituationen (etwa bei längeren Stromausfällen, extremen Wetterlagen oder Pandemien) für die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers erreichbar und funktionsfähig bleiben?

Verlässliche Versorgung im Krisenfall ist für uns Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Konkret braucht es aus unserer Sicht ausreichend Personal im Gesundheitsamt. Wir werden uns außerdem gegen die Kosten-Leistungs-Rechnung stellen, weil sie gerade Vorsorgeaufgaben wie Katastrophenschutz und Gesundheitsvorsorge, deren Nutzen sich nicht in Fallzahlen abbilden lässt, systematisch unterbewertet und deshalb chronisch unterfinanziert. Zusätzlich fordern wir eine öffentlich bekannte, verbindliche Liste von Anlaufstellen im Krisenfall für das Quartier und eine klare Zuständigkeitsklärung zwischen Bezirk, Senat und Rettungsdiensten, damit im Ernstfall auf vorher festgelegte, geprobte Abläufe zurückgegriffen werden kann.

Welche Bedeutung messen Sie der öffentlichen Daseinsvorsorge in innerstädtischen Wohnquartieren wie KMA II insgesamt bei, und wie wollen Sie verhindern, dass soziale Infrastruktur zunehmend wirtschaftlichen Verwertungsinteressen untergeordnet wird?

Das ist für uns eine Grundsatzfrage: Wir wenden uns gegen die Unterordnung sozialer Infrastruktur unter Renditeinteressen – das gilt für Wohnen genauso wie für

Gesundheitsversorgung, Kultur- und Begegnungsorte. Konkret heißt das: keine weiteren Verkäufe oder Zweckentfremdungen von Flächen, die für Gesundheits- oder Sozialversorgung vorgesehen sind, Milieuschutz und Vorkaufsrecht auch zum Schutz von Versorgungsinfrastruktur nutzen, und die BVV als Kontrollinstanz aktiv einsetzen, statt Entscheidungen allein dem Bezirksamt oder privaten Investoren zu überlassen.

Soziokulturelle Infrastruktur

Welche Priorität messen Sie der Realisierung eines der für die KMA II bereits projektierten Pavillons innerhalb der kommenden Wahlperiode bei, und wie wollen Sie die dafür erforderliche Finanzierung sicherstellen? Stimmen Sie zu, dass in einem solchen Pavillon auch Raum für eine demokratisch verfasste Vereinsarbeit des Wohngebiets sein sollte?

Wir messen der Realisierung eines der projektierten Pavillons hohe Priorität bei. Bereits 2019 hat sich die Linksfraktion mit dem Antrag "Sechs neue Pavillons für die Karl-Marx-Allee" für eine transparente und beteiligungsorientierte Entwicklung eingesetzt. Daran halten wir fest: Mindestens ein Pavillon soll in der kommenden Wahlperiode realisiert werden. Zur Finanzierung werden wir uns dafür einsetzen, Mittel aus dem Städtebauförderprogramm gezielt hierfür zu binden. Ja, wir stimmen ausdrücklich zu, dass in einem solchen Pavillon auch Raum für demokratisch verfasste Vereinsarbeit des Wohngebiets vorgesehen werden sollte.

Wie wollen Sie die seit Jahren bestehenden Defizite in der soziokulturellen Infrastruktur der KMA II konkret beheben, insbesondere bei den bislang nicht umgesetzten Angeboten für Senioren-, Jugend- und Begegnungsarbeit aus dem ISEK 2017?

Den hinlänglich bekannten Bedarfen an zusätzlicher soziokultureller Infrastruktur kann nur über die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel begegnet werden. Gerade für diese Form freizeitlicher Angebote ist es wichtig, dass die BVV sie in der Haushaltsaufstellung gegenüber dem Bezirksamt priorisiert. In bereits beschlossenen Doppelhaushalten ist es nahezu unmöglich, im Nachhinein Mittel für zusätzliche Angebote zur Verfügung zu stellen. Deshalb werden wir diese Bedarfe frühzeitig in die kommenden Haushaltsberatungen einbringen und gegenüber dem Bezirksamt priorisieren.

Sichere Fuß- und Fahrradwege

Welche Lösungsvorschläge sehen Sie für die Durchwegung für Radfahrende aus Richtung Mollstraße über die Berolinastraße zur Schillingstraße?

Wir setzen uns für ein durchgängiges, von parkendem und fließendem Autoverkehr getrenntes Radwegenetz ein. Für diesen Abschnitt heißt das konkret: eine sichere Quermöglichkeit über die Berolinastraße, die nicht wie bisher zu Umwegen oder Konflikten mit dem Fußverkehr führt, und eine klare Zuordnung von Flächen für Rad- und Fußverkehr statt Mischverkehr auf zu schmalen Wegen, denkbar sind verschiedene Varianten, etwa ein klar geführter Radweg im Bereich des Rathausvorplatzes.

Welche Lösungsvorschläge sehen Sie für die derzeit unzureichende und unterbrochene Radverkehrsführung von der Schillingstraße über die Schillingpromenade in Richtung Holzmarktstraße/Jannowitzbrücke, und wie wollen Sie im Rahmen der anstehenden Neugestaltung der Promenade ein durchgängiges und sicheres Wegesystem für Fußgänger und Radfahrer gewährleisten?

Wir werden uns in diesem laufenden Verfahren dafür einsetzen, dass bei der Neugestaltung ein durchgängiges, sicheres und barrierefreies Wegesystem für Fuß- und Radverkehr tatsächlich umgesetzt wird, statt wie bisher an einzelnen Unterbrechungen zu enden. Auch hier ist eine mit Markierungen oder Bordsteinen erkennbare Trennung von Rad- und Fußverkehr sinnvoll und aus unserer Sicht umsetzbar. Hierfür wird sich die Linksfraktion einsetzen.

Auf der Karl-Marx-Allee gibt es auch in Höhe „Haus am Zentrum“ (ehemals „Haus der Gesundheit“) keinen Fahrradwegabzweig zur Karl-Marx-Allee, sodass Fahrradfahrer die Fußgängerpromenade überqueren. Wie wollen Sie die Radverkehrsführung in diesem Bereich so gestalten, dass eine sichere und konfliktfreie Verbindung zwischen Berolina-/Weydemeyerstraße und der Karl-Marx-Allee entsteht?

Das ist ein klassisches Beispiel dafür, dass Radverkehrsführung mitgedacht werden muss, statt Radfahrende auf Fußwege auszuweichen zu zwingen – genau das wollen wir mit sicherem Radverkehr und getrennten Radwegen vermeiden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass an dieser Stelle ein regulärer Abzweig von der Berolina-/Weydemeyerstraße zur Karl-Marx-Allee eingerichtet wird, der Rad- und Fußverkehr trennt, und dass das Bezirksamt das als eigenständigen Punkt aufgreift, nicht nur im Rahmen größerer Umbauten mitverhandelt.

Katastrophenschutz

Worin bestehen die Zuständigkeiten des Stadtbezirks Mitte im Falle einer Katastrophe sowie in der Vorbereitung darauf? Bitte im Einzelnen konkret aufzählen.

Grundsätzlich liegt der Bevölkerungsschutz in Berlin in geteilter Zuständigkeit: Die operative Gefahrenabwehr im Katastrophenfall liegt bei der Berliner Feuerwehr und der Senatsverwaltung für Inneres, der Bezirk Mitte ist eingebunden über den bezirklichen

Krisen- bzw. Verwaltungsstab, das Ordnungsamt und das Gesundheitsamt, etwa bei der Bereitstellung von Notunterkünften, der Information der Bevölkerung vor Ort und der Koordination mit Trägern der Wohlfahrtspflege.

Wie wollen Sie erreichen, dass die Bewohner im Falle einer Katastrophe unmittelbar und umfassend informiert werden sowie praktische und bedarfsgerechte Hilfe erhalten? Wann wird für das Wohngebiet eine Sirene installiert?

Konkret setzen wir uns für den Ausbau des Sirenennetzes auch in KMA II ein. Zusätzlich braucht es mehrsprachige, barrierefreie Informationswege (Aushänge, digitale Kanäle, aufsuchende Ansprache für Menschen, die digitale Angebote nicht nutzen können), die im Vorfeld getestet und nicht erst im Ernstfall improvisiert werden.

Wie wollen Sie verbindlich regeln, dass neben dem Rathaus Mitte in der Karl-Marx-Allee auch andere Verwaltungsgebäude für Hilfeleistungen, wie das Aufladen mobiler Telefone, Befriedigung elementarer Hygienebedürfnisse, Aufwärmen/Abkühlen usw. zur Verfügung stehen?

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das verbindlich geregelt wird, nicht nur informell möglich ist. Das passt zu unserer allgemeinen Forderung, öffentliche Gebäude im Bezirk stärker für soziale Angebote und Gemeinschaftsnutzung zu öffnen. Wir werden beantragen, dass das Bezirksamt eine verbindliche Liste von Verwaltungsgebäuden in KMA II und Umgebung erstellt, die im Krisenfall (Stromausfall, Hitze, Kältewelle) als Anlaufstellen für Aufladen, Hygiene und Aufwärmen/Abkühlen zur Verfügung stehen, und dass diese Liste öffentlich bekannt gemacht wird, nicht erst im Ernstfall entsteht.

Hat das Bezirksamt eine Übersicht über hilfebedürftige Anwohner, um im Notfall evakuieren zu können? Falls nein, wie stellen Sie die Erstellung einer solchen sicher?

Uns ist keine systematische Übersicht bekannt, und wir gehen davon aus, dass es sie in dieser Form derzeit nicht gibt – auch aus Datenschutzgründen ist das kein triviales Unterfangen. Wir setzen uns dafür ein, dass gemeinsam mit Sozialverbänden, Pflegediensten und der Nachbarschaft ein freiwilliges, datenschutzkonformes Register aufgebaut wird, in das sich Menschen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf eintragen lassen können. Ein guter Anfang ist das Notfallregister (<https://www.notfallregister.eu>).

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Anzahl der Notwasserbrunnen im Gebiet KMA II erhöht wird?

Ja, dafür setzen wir uns ein. Notwasserbrunnen sind Teil der Vorsorge für den Fall längerer Versorgungsausfälle und angesichts der bekannten Defizite im Gebiet halten wir eine Aufstockung für notwendig.

Was konkret werden Sie dafür tun, dass das Gebiet KMA II erstmals mehrere Trinkwasserbrunnen erhält?

Trinkwasserbrunnen als Hitzeschutzmaßnahme sind Teil unseres Programms. Für KMA II werden wir uns dafür einsetzen, dass mehrere Standorte im Rahmen der anstehenden Grünflächen- und Straßenraumplanung verbindlich mitgeplant und im Haushalt konkret mit Mitteln hinterlegt werden.

Mit welchen praktischen Maßnahmen werden Sie, beginnend unmittelbar nach den Wahlen im Herbst 2026, die von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius geforderte „Kriegstüchtigkeit“ im Gebiet KMA II herstellen? Welche Rolle spielt dabei die mögliche Reaktivierung ehemaliger Bevölkerungsschutzeinrichtungen?

Hier widersprechen wir der Prämisse der Frage. Wir wollen keinen Zivilschutz, der auf militärische Kriegsvorbereitung ausgerichtet ist. Ein so verstandener "Zivilschutz" verfehlt seinen eigentlichen Zweck, Menschen im Alltag und bei Krisen wie Stromausfällen, Hitzewellen oder Pandemien zu schützen. Was wir stattdessen konkret angehen werden: funktionierender ziviler Katastrophenschutz für die real bestehenden Risiken im Wohngebiet: Trinkwasser- und Notwasserbrunnen, verlässliche Informationen, Anlaufstellen in Verwaltungsgebäuden, ausreichend Personal im Gesundheits- und Ordnungsamt. Eine Reaktivierung ehemaliger Bevölkerungsschutzeinrichtungen prüfen wir dort, wo sie diesem zivilen Schutzzweck dient, nicht als Beitrag zu einer allgemeinen "Kriegstüchtigkeit" des Bezirks.